



Die Ukraine: ein Putsch des Westens

Zur Einkreisung Russlands werden seit Jahren vom US-Imperium und seinen westlichen Vasallen-Staaten so genannte „Designer-Revolutionen“ inszeniert, deren Narrative von US-amerikanischen Werbeagenturen mit blumigen Begriffen wie

Tulpen-, Rosen-, Kornblumen- oder Orangen-Revolution drapiert und von den willfährigen Medien nach westlichem Skript weltweit verbreitet werden. Was in der Ukraine inszeniert worden ist, war keine Revolution, sondern ein westlich gesteuerter Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung. Neudeutsch war es ein „Regime Change“, den sich die USA wenigstens fünf Milliarden US-Dollar haben kosten lassen.

Das Modell des inszenierten Putsches verläuft dabei immer nach dem gleichen Drehbuch ab. Der Westen und seine gesteuerten „Revolutionäre“ bedienen sich dabei einer Orwellschen Rhetorik: Mache, dass die Lüge glaubhaft klingt und Mord respektabel aussieht. Die westlichen Regierungsmedien sprechen vom demokratisch gewählten Präsidenten Victor Janukowitsch plötzlich von einem „Diktator“ und „Despot“, der von einem „Volksaufstand“ davongejagt worden sei. Über den politischen Mob und die Gangster, die sich zum größten Teil aus einem faschistischen Milieu rekrutieren, wird in den regierungstreuen Medien jedoch geschwiegen. Sie arbeiten Hand in Hand mit den Putschisten, verbreiten nur deren Sicht der Dinge und werfen Nebelkerzen, um dadurch die Öffentlichkeit zu manipulieren. Die Leitartikel der US-Medien strotzen nur so vor Russophobie.

Viele der so genannten „Demonstranten“ stammen aus der westlichen Ukraine, einer Hochburg der Neo-Nazis, deren Familien waren Bewunderer des „Dritten Reiches“. Die westliche Ukraine hatte ihre eigenen SS-Divisionen. Die 14. Division der ukrainischen Waffen-SS wurde in Galizien aufgestellt, diese Provinz bildet die Hochburg des Aufstandes. Die SS-Ukrainer schwuren einen Eid auf Hitler und schlossen mit ihm einen Pakt, dass sie nur gegen die Russen kämpfen würden. Diese „Maiden-Demokraten“ wollen eine rechtsextreme und nationalistische Ukraine vor der Haustür Russlands etablieren. Die extrem nationalistische und antisemitische Partei „Swoboda“ stellt in diesem Putsch-Kabinetts sogar drei Minister. Die Scharfschützen rund um den „Maidan“ wurden vermutlich von den Putschisten dorthin beordert; sie sind für die zahlreichen Toten verantwortlich und nicht der gestürzte Präsident Janukowitsch. Hinter den Mördern stehe nicht der entmachtete Präsident, sondern jemand von der neuen Koalition, so Paet. Dies wurde jetzt durch ein abgehörtes Gespräch zwischen dem estnischen Außenminister Urmars Paet und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton bekannt. Die neue ukrainische „Regierung“ will von einer Strafverfolgung dieser Todesschützen absehen!

Ebenso wie man beim inszenierten Aufstand in Syrien den Teufel mit Beelzebub in Gestalt von Al-Kaida und Al-Nusra-Front austreiben will, so soll mit diesen dubiosen Kräften vom „Maidan“ eine Demokratie aufgebaut werden. Aber darum geht es den USA und seinen Klientel-Staaten nicht. Sie wollen die Schlinge um Russland und insbesondere dessen Präsidenten Putin immer enger ziehen. In diesem geopolitischen Machtkampf ist dem Westen jedes Mittel recht.

Westliche Politiker sind in Scharen nach Kiew gepilgert und haben die Demonstranten politisch und moralisch angefeuert. Sie haben sich unter dem Vorwand angeblicher Vermittlungsbemühungen in die innerukrainischen Angelegenheiten eingemischt und zum Sturz von Janukowitsch beigetragen. Sie

fungierten als Stichwortgeber für die westlichen Medien. Sie lancierten, dass der ukrainische Präsident den Kontakt zu den Menschen verloren habe, und Obama besaß sogar die Unverfrorenheit, die Ukraine mit Syrien zu vergleichen. Angeblich hätten die Putschisten eine „bessere“ Vision von der Ukraine als der gewählte Präsident.

War es nicht Janukowitsch der mit den Protestierern verhandelt hat? Er bot dem Boxer Klitschko den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten an, feuerte seinen Ministerpräsidenten, sagte eine Amnesty für alle während des Protestes verhafteten Demonstranten zu und bot eine Koalitionsregierung bis zu den nächsten regulären Wahlen an. Verhält sich so ein „Diktator“ oder „Despot“? Den Putschisten reichte dies nicht, sie wollten Janukowitsch weg, und zwar sofort. Als der demokratisch gewählte ägyptische Präsident Mohammed Mursi durch einen Putsch des Militärs gestürzt worden ist, erklärte John Kerry, dass das Militär die „Demokratie wiederherstellt“! Gehören Staatsstriche neuerdings zum Demokratieverständnis der USA?

Anstatt sich der Boxer Klitschko die Legitimation für sein Handeln von den Ukrainern geholt hätte, drängte er sich den westlichen Politikern geradezu auf. Er wurde zur Sicherheitskonferenz in München geladen und von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen, obwohl er keinerlei Unterstützung in der Ukraine genießt. Die freigelassene ehemalige Regierungschefin Julia Timoschenko hatte nichts Besseres zu tun, als umgehend die Kanzlerin anzurufen. Ihr Image wurde als das eines Opfers im Westen durch die Medien verkauft, wohingegen sie um keinen Deut besser ist als alle ehemaligen ukrainischen Präsidenten. Sie will die Ukraine zu einem westlichen Satelliten machen und verfolgt eine antirussische Agenda und bedient damit die grassierende Russophobie in den USA und einigen westlichen Staaten. Der Westen wäre gut beraten, zu Timoschenko auf Abstand zu gehen, sonst könnte es sein, dass er in einen Krieg mit Russland hineingezogen wird, weil sie die Ukraine nicht nur in die EU, sondern auch in die Nato führen will.

Wie hätten wohl die USA reagiert, wenn sich russische, chinesische oder iranische Politiker an Demonstrationen gegen den Überfall der USA auf Irak oder bei der gewaltsamen Niederschlagung der Occupy-Wall-Street-Bewegung beteiligt und die Demonstranten zum Umsturz der US-Regierung angestachelt hätten? Sie wären zu Recht der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten der USA geziehen worden. Welches andere westliche Land hätte es hingenommen, dass in seiner Hauptstadt ein Staatsstreich geplant wird?

Ebenso heuchlerisch seitens der USA und ihren westlichen Vasallen ist es, plötzlich die Achtung des Völkerrechts anzumahnen und vor einer Verletzung der Souveränität der Ukraine zu warnen. Seit wann haben sich in den letzten Jahrzehnten die USA jemals um das Völkerrecht gekümmert? Wann haben die westlichen Regierungschefs jemals die Aggressionskriege der USA kritisiert oder die Verletzung der Souveränität der angegriffenen Staaten angemahnt? Handelt es sich doch bei diesen Ländern um eine farbige Bevölkerung, wohingegen es in der Ukraine um Europäer geht!

Bei den inszenierten Kriegen des US-Imperiums in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Somalia oder Frankreichs Besetzung Malis und der Zentralafrikanischen Republik werden Völkerrecht und Souveränität dieser Staaten mit Füßen getreten. Die staatlich sanktionierten Morde des US-Imperiums per Drohnen in Pakistan, Afghanistan und Jemen sollen hier unerwähnt bleiben. Auch Präsident Obamas persönlich „Tötungsliste“ wird im Westen totgeschwiegen. Von der routinemäßigen Folter der Unterdrückten oder den „Black Holes“ ganz zu schweigen.

Obama hat keinerlei moralisches Recht, Russland zu drohen, es werde einen Preis für die Wahrung seiner nationalen Interessen bezahlen müssen. Begehen nicht die USA kriminelle Akte unter Berufung auf ihre „nationalen Interessen“? Weniger Heuchelei und doppelte Standards stünden den USA gut zu Gesicht. Die Chuzpe der USA übersteigt jedes Vorstellungsvermögen, wenn US-Außenminister John Kerry von einem „unglaublichen Akt der Aggression“ seitens Russlands spricht. Führen nicht die USA seit der Jahrtausendwende einen Aggressionskrieg nach dem anderen?

Im Gegensatz zu den USA handelt Russland im Sinne seiner nationalen Interessen und der Wahrung seiner Souveränität, die es durch die Putschisten auf der Krim bedroht sieht. Die erste Maßnahme der Putschisten in Kiew war das Verbot der russischen Sprache. Dadurch fühlte sich die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung diskriminiert und in ihrer Existenz bedroht. Russland kann es nicht hinnehmen, das vor seiner Haustür ein faschistisches Regime entsteht, wo doch die ehemalige Sowjetunion die Hauptlast bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus getragen hat.

Die Halbinsel Krim ist seit 1783 russisches Gebiet. Seine Bevölkerung besteht zu 60 Prozent aus Russen. Geostrategisch ist die Krim für Russland lebenswichtig. Seine Schwarzmeerflotte ist in Sewastopol stationiert. Im Angesicht einer feindseligen Regierung in Kiew, ist eine Wiedereinverleibung der Krim in russisches Staatsgebiet geboten. Russland und die Ukraine haben zwar bis 2014 einen Vertrag abgeschlossen, der den Status von Sewastopol regelt, aber bereits bei der Auseinandersetzung Russlands mit Georgien hatte sich der damalige Präsident Viktor Juschtschenko auf die Seite Georgiens geschlagen. Auf die jetzigen Putschisten kann sich Putin schon gar nicht verlassen. Seine präventiven Maßnahmen dienen den vitalen Interessen Russlands und den Menschenrechten der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine. Darüber hinaus wurde russische Hilfe von dem frei gewählten Regionalparlament der Krim erbeten.

Wie es scheint, hat ein kleiner, aber gewalttätiger Teil der ukrainischen Bevölkerung für einen Euro-Imperialismus „votiert“. Bis die Ukraine diese heißbegehrte Währung einführen kann, dürfte es sie vermutlich nicht mehr geben. Wie es scheint, läuft alles auf eine Wiederauflage des „Kalten Krieges“ hinaus. Die Kriegstreiber sitzen in Washington und den europäischen Hauptstädten.

Ludwig Watzal